



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Soziales und Gesundheit  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Dietmar Weinert

Wiesbaden, 13.09.2012

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit  
am Mittwoch, 19. September 2012, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

### 1. 12-F-03-0123

Bericht zu den Stadtteilkonferenzen  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.9.2012 -

Vor vielen Jahren wurden in Stadtteilen mit besonderen Bedarfslagen sogenannte Stadtteilkonferenzen gebildet. Die Stadtteilkonferenzen können eine Stabilisierung und Aufwertung der Quartiere erreichen, indem sie die sozialkulturelle Infrastruktur sowie Erziehungs- und Bildungsangebote vor Ort aufeinander abstimmen und nach Möglichkeit ausbauen. Gleichzeitig tragen sie zu einer guten Nachbarschaft und damit auch zur Verbesserung des Stadtteilimage und der Selbstwahrnehmung/ Identifikation bei. Soweit bekannt, besteht für die Stadtteilkonferenzen kein verbindlicher Rahmen, keine verbindlichen Aufgabenbereiche und auch kein eigenes Budget (nur vereinzelt sind Zuweisungen aus den Verfügungsmitteln der Ortsbeiräte vermerkt). Vielmehr sind sie selbstorganisierte Bündnisse von engagierten Fachkräften (aus Vereinen, Initiativen, Schulen, Kitas, Ortsbeiräten, Jugendbeauftragte, Stadtteilzentren, Kirchen, Bürgerinnen und

Bürgern etc.), denen die Entwicklung der Stadtteile und Quartiere am Herzen liegt. Regelmäßig Berichte über die Arbeit werden, abgesehen von vereinzelt Berichten in den Ortsbeiräten, nicht erstellt und zusammengeführt. Ihre Arbeit bleibt somit in Teilen unbekannt.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen,

der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. In welchen Ortsbezirken tagen die Stadtteilkonferenzen regelmäßig (mind. 2 mal im Jahr).
2. Welche Personen und Organisationen sind daran beteiligt?
3. Welche Kriterien und Richtlinien (Satzungen) gibt es für die Führung und Beteiligung?
4. Welche Projekte / Ergebnisse aus den Stadtteilkonferenzen sind bekannt? Gibt es eine Evaluation?
5. In welcher Art und Weise wurden in den letzten Jahren die Stadtteilkonferenzen und deren Projekte durch die Stadt unterstützt?

## 2. 12-F-03-0122

Beitritt Wiesbadens in das Gesunde Städte Netzwerk, Angliederung der Stelle an HSK Rhein Main GmbH

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.9.2012 -

Das Gesunde-Städte-Netzwerk der Bundesrepublik versteht sich als Teil der "Gesunde Städte"-Bewegung der WHO. In der gesunden Stadt stehen Gesundheit, körperliches, seelisches und soziales Wohlbefinden im Mittelpunkt aller - nicht zuletzt der politischen - Entscheidungen. Ein wichtiges Prinzip der Arbeit ist die Vernetzung, die den Transfer von Impulsen und Erfahrungen erleichtert.

Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass alle Bürgerinnen und Bürger sich verstärkt an der Gestaltung ihrer Lebens- und Umweltbedingungen beteiligen können. Für diese Mitwirkung wird die Schaffung geeigneter Unterstützungs- und Koordinierungsstrukturen empfohlen.

Ausführliche Informationen bietet die Homepage des Netzwerks: <http://www.gesunde-staedte-netzwerk.de>

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

1. die Stadt Wiesbaden tritt dem Gesunde-Städte-Netzwerk bei;
2. die dafür notwendige Koordinierungsstelle für die Stadt Wiesbaden wird bei der HSK Rhein-Main-GmbH angesiedelt.

### 3. 12-F-03-0121

AIDS Präventionsmaßnahmen

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.9.2012 -

Das Robert-Koch-Institut (RKI) gibt die Zahl der HIV Infizierten in Hessen mit einer Dunkelziffer von 5400 Betroffenen an. Die Krankheit zieht sich inzwischen durch alle Altersgruppen und alle gesellschaftlichen Schichten. In Wiesbaden wurden folgende Neuinfektionen registriert: im Jahre 2001, 7 Fälle und bis 2011 stieg die Zahl auf aktuell 28.

Eine mögliche Ursache des Anstiegs der Neuinfektionen könnte die fehlende Präsenz der Präventionsmaßnahmen sein.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

1. der Magistrat möge berichten, welche Aufklärung- und Präventionsarbeit zu AIDS das Gesundheitsamt leistet?
2. der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Präventionsarbeit außerhalb des Gesundheitsamts erfolgt?

### 4. 12-F-03-0120

Ausländerbeirat als Kooperationspartner bei Gesundheitsprävention

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.9.2012 -

Die Erkennung und Behandlung von Krankheiten in migrantenspezifischen Milieus stellt eine große Herausforderung dar. Beispielsweise sind in Deutschland ca. 600 000 Personen mit Migrationshintergrund an Diabetes erkrankt. Die Versorgung und Einstellung des Blutzuckers gestaltet sich wegen Sprachbarrieren und fehlendem Selbstmanagement als schwierig. Hier wären z.B. geeignete Schulungs- und Behandlungskonzepte gefragt. Weiter erleiden türkische männliche Migranten überproportional häufig in jungen Jahren einen Herzinfarkt (z.B. wegen erhöhten Tabak- und Fleischkonsums) oder Schlaganfall. Auch können erhöhte Mortalitätsraten wegen Suizids festgestellt werden und auch Infektionskrankheiten wie Tuberkulose, Helicobacter-Pylori, Hepatitis B/C treten vermehrt auf. Diese Erkenntnisse beruhen auf einer Studie des Robert-Koch-Instituts.

Um hier gegenzusteuern, sind alle Akteure im Gesundheitssystem gefordert: Politik, Behörden, Verwaltungen, Zivilorganisationen, professionelle Kräfte im Gesundheitswesen. Eine Möglichkeit um bessere Prävention und Aufklärung zu erreichen, wäre die Einbindung des Ausländerbeirats in die Gesundheitsprävention.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

1. Der Ausländerbeirat wird gebeten, dem Ausschuss über mögliche Kooperationen bei der Aufklärungsarbeit in migrantenspezifischen Milieus zu berichten.
2. Der Magistrat möge den Ausländerbeirat als Kooperationspartner für Aufklärungsarbeiten in migrantenspezifischen Milieus gewinnen (z.B. religiöse Gemeinden und Vereine).

## 5. 12-F-03-0119

Personalausstattung Suchthilfezentrum Mediensucht  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.9.2012 -

Leider ist Mediensucht ein stetig wachsendes Problem bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Teilweise verbringen die Betroffenen 100 Stunden je Woche vor dem Computer. Immer mehr Betroffene melden sich beim Suchthilfezentrum.

Die Schwerpunktsetzung der Arbeit liegt in der Beratung der Betroffenen und deren Angehörigen, die sich mit z.B. dem Problem des exzessiven Computerspielens konfrontiert sehen. Die Fachberatung umfasst dabei z.B. die Prävention und Frühprävention, Online-Beratung, Diagnostik und Evaluation, Informationsveranstaltungen in Schulen und Verhaltenstherapie.

Dieses Suchthilfezentrum wird unter anderem vom Hessischen Sozialministerium und der Stadt Wiesbaden finanziert. Die Teilzeitstelle Mediensucht ist bis zum 31.12.2012 befristet. Die Zuschüsse der Stadt sind jedoch für die Haushaltsjahre 2012/2013 festgeschrieben. Wegen der enormen gesundheitspolitischen Bedeutung dieser Stelle, ist die Verlängerung über den 31.12.2012 hinaus notwendig und eine Aufstockung auf eine Vollzeitstelle wünschenswert.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

1. Der Magistrat nimmt Gespräche mit den beteiligten Organisationen mit der Zielsetzung auf, dass die Stelle für Mediensucht im Suchthilfezentrum über den 31.12.2012 hinaus bestehen bleibt.
2. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie eine Ausweitung der Stelle auf eine Vollzeitstelle erfolgen kann.

## 6. 12-F-08-0105

Aktuelle Situation der HSK  
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 12.9.2012 -

Der Ausschuss möge beschließen:  
Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob der vom Magistrat in den Aufsichtsrat entsandte Gesundheitsdezernent denn bereits im Aufsichtsrat bestätigt wurde?
2. wie viele Beschäftigte (Pflegekräfte, Ärzt\_innen) bereits gekündigt haben?
3. wie sichergestellt werden kann, dass die Stadtverordneten über relevante Entscheidungen in den Dr. Horst Schmidt Kliniken, wie zum Beispiel die Aufgabe der Wilhelm Fresenius Klinik, nicht aus der Presse erfahren müssen?
4. ob die Neubaupläne weiter verfolgt werden?

## 7. 12-F-08-0102

Weihnachtszuwendung für Kinder und Jugendliche im Leistungsbezug nach SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz  
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 12.9.2012 -

Nach SGB II § 11a (Nicht zu berücksichtigendes Einkommen) Abs. 5 gilt: Geschenke und Zuwendungen, die ohne „eine rechtliche oder sittliche Pflicht“ erbracht werden „sind nicht als Einkommen zu berücksichtigen, soweit ... sie die Lage der Leistungsberechtigten nicht so günstig beeinflussen, dass daneben Leistungen nach diesem Buch nicht gerechtfertigt wären.“

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Alle Kinder und Jugendliche bis 25 Jahre im Leistungsbezug nach SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz erhalten für Weihnachten 2012 eine einmalige Zuwendung in Höhe von 100 €.

## 8. 12-F-08-0101

Stromsperren in Wiesbaden  
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 12.9.2012 -

Kerzenschein mag Romantiker erfreuen, als Alltagsbeleuchtung sind Kerzen untauglich und gefährlich.

Im August sind bei einem Wohnungsbrand in Saarbrücken vier Kinder zu Tode gekommen. Ausgelöst worden war der Brand nach bisherigen Erkenntnissen durch eine brennende Kerze, vorangegangen war eine Stromsperre im betreffenden Haushalt.

Aufgrund dieses Vorfalls ist in der saarländischen Politik eine Debatte über Stromsperren entbrannt.

Der Ausschuss möge beschließen:

I. Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie viele Stromsperren es in den Jahren 2008, 2009, 2010, 2011, 1. Halbjahr 2012 jeweils durch die ESWE Versorgung gegeben hat;
2. in welchen Fällen eine Ratenzahlung durch die ESWE Versorgung gewährt wird (und in wie viel Prozent der Fälle dies in den letzten vier Jahren jeweils der Fall war).
3. ob in Wiesbaden durch die ESWE-Versorgung so genannte Prepaid-Zähler eingesetzt werden, und wenn ja, zu welchen Konditionen?

II. Der Magistrat wird gebeten, mit der ESWE Versorgung in Kontakt zu treten und auf den Verzicht von Stromsperren in Haushalten mit Kindern hinzuwirken.

**9. 12-F-08-0100**

Darlehensverträge der LH Wiesbaden mit Leistungsberechtigten nach SGB II und SGB XII

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 12.9.2012 -

Die ratenweise Einbehaltung von Sozialleistungen zur Abzahlung eines Mietkautionsdarlehens ist rechtswidrig. Vielmehr ist in einem solchen Fall ein zins- und tilgungsfreies Darlehen zu gewähren, da die Aufrechnung mit laufenden Leistungen dazu führt, dass das gesetzlich gewährleistete Existenzminimum nicht mehr sichergestellt ist.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie viele Darlehensverträge hat die LH Wiesbaden mit Leistungsberechtigten nach
  - a. SGB II
  - b. SGB XIIabgeschlossen, die Ratentilgung für eine Mietkaution vorsehen?
2. Mit welcher Begründung schließt die LH Wiesbaden Darlehensverträge ab, die eindeutig rechtswidrig sind?
3. Wie gedenkt der Magistrat, in solchen Fällen zukünftig zu verfahren?

**10. 12-F-33-0044**

**ANLAGE**

Sozialpädagogisches Konzept Kulturpark

- *Beschluss des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 22.8.2012 (BP 0134)* -

**11. 12-F-33-0088**

**ANLAGE**

Übergangsregelung Asylbewerberleistungen

- *Beschluss des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 22.8.2012 (BP 0137)* -

**12. 12-F-08-0016**

**ANLAGE**

Zusätzliche Parkmöglichkeiten für Menschen mit Gehbehinderungen

- *Protokollnotiz des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 22.8.2012 (BP 0149)* -

**13. 12-F-33-0072**

**ANLAGE**

Optimierung der Adoptionsvermittlung

- *Bericht des Dezernates VI vom 27. August 2012* -

14. **12-F-33-0079** **ANLAGE**

Mindestverordnung  
- *Bericht des Dezernates VI vom August 2012* -

15. **12-A-50-0001**

Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

16. **Verschiedenes**

## Tagesordnung II

1. **12-V-51-0027** **DL 34/12-1**

Bundeskinderschutzgesetz und Reform des Vormundschaftsrechts; Bereitstellung der Ressourcen für Aufgabenzuwachs

2. **12-V-51-0034** **DL 34/12-2**

Weitere Freigabe von Projektmitteln für die Jugendarbeit (Teil 2)

3. **12-V-51-0041** **DL 34/12-3**

Gemeinnützigkeitserklärung für Betriebe gewerblicher Art der Landeshauptstadt Wiesbaden; Kindertagesstätte Künstlerviertel

4. **12-V-51-0042** **DL 35/12-6**

Bericht Tagesbetreuung für Kinder 2011/12

5. **12-V-51-0049** **ANLAGE**

Konzept "Zielgruppenorientierte Elternbildung"

6. **12-V-80-2320** **DL 34/12-2 NÖ**

Übertragung der Mietobjekte Petersweg 1, 3 und 5 und In der Witz 20, Gemarkung Mainz-Kastel an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Wiesbaden

Seite 8 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 19. September 2012

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Ulrich Weinerth  
Vorsitzender